

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Am 08. Juli 2015 tagte der Erfurter Stadtrat letztmalig vor der Sommerpause. Inhaltlich lag der Schwerpunkt diesmal auf zahlreichen Bebauungsplänen und der Verabschiedung der Kita-Bedarfsplanung 2015-2017. Daneben sollte u. a. noch in Dringlichkeit über die Ausgestaltung des Sozialtickets abgestimmt werden.

Die öffentlichen Unterlagen der Stadtratssitzungen können auf der Seite <http://buengerinfo.erfurt.de> heruntergeladen werden. Die Stadt Erfurt und die Thüringer Allgemeine bieten zudem einen Videomitschnitt der letzten Stadtratssitzung an: <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/stadtrat/sitzungen/> oder <http://www.erfurt.thueringer-allgemeine.de/>

Sozialticket

Nachdem am 24.6.2015 die Fortführung des Sozialtickets vom Stadtrat beschlossen wurde, machte sich die Stadtverwaltung sofort an die Umsetzung dieses Beschlusses, änderte jedoch die Modalitäten, ohne den Stadtrat darüber informiert zu haben. In der Sitzung am 8.7. sollten die neuen Modalitäten in Dringlichkeit bestätigt werden, ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE lag auch vor.

Prinzipiell begrüßen wir die schnelle Umsetzung. Mit der neuen Regelung sind einige Erleichterungen für das Sozialticket vorgesehen. Sorge bereiten uns aber zwei weitere Regeln, die mit dem Vorschlag der Verwaltung verbunden sind. So müssen Nutzer in Vorkasse gehen und die Abo-Karten sind mit einer viermonatigen Bindungsfrist versehen. Das sind zwei zusätzliche hohe Hürden. Denn die Analyse zeigt, dass die Nutzerzahlen von Monat zu Monat zum Teil sehr deutlich schwanken. Eine viermonatige Bindung schreckt ab und erschwert den Zugang zum Sozialticket. Das ist nicht in unserem Sinn und eigentlich auch gegen die Idee des Sozialtickets. Das sind Fragen, die dringend einer Klärung bedürfen, und die wir am 8.7. gemeinsam mit allen Fraktionen und der Verwaltung hätten beraten können. Denn die Empfänger des Sozialtickets warten. Die Beratung dazu ist jedoch durch die CDU verhindert worden, weil für die Dringlichkeit der Beschlussvorlage eine 2/3-Mehrheit notwendig gewesen wäre und die CDU dieser

nicht zugestimmt hatte. Damit bleiben die problematischen Regelungen erhalten. Die CDU hat allen Bezieherinnen und Beziehern des Sozial-Tickets mit ihrer Verweigerungshaltung einen Bärendienst erwiesen.

Kita-Bedarfsplanung 2015-2017

Dieses Thema wurde verständlicherweise emotional diskutiert. Es geht hierbei um die Planung der tatsächlichen Kita-Plätze für die Jahre 2015-2017. Diese Bedarfsplanung wurde im Vorfeld kooperativ mit den Trägern und Betroffenen ausgehandelt und liegt etwas über der aktuellen Geburtenrate Erfurts, womit wir einen kleinem Puffer für Neuzuzüge und Flüchtlingskinder bereithalten. Die Vorlage der Verwaltung wurde im Jugendhilfeausschuss bestätigt.

Die Änderungsanträge der Ortsteile sind vor diesem Hintergrund langfristig verständlich, jedoch waren sie an dieser Stelle falsch adressiert und durch den Haushalt 2015 nicht gedeckt. Die Bedarfsplanung wird jeweils für kurze Zeiträume aufgestellt und kann nur die tatsächlich vorhandenen Plätze berücksichtigen. Für Neu- und Erweiterungsbauten sind die Mittel- bzw. langfristige Bedarfsermittlung und das Programm zur Erhaltung und dem Ausbau von Betreuungsangeboten innerhalb der Stadt Erfurt vorgesehen.

In der Stadtratssitzung wurde den Ortsteilen zugesichert, dass ihre Änderungsanträge in die neue mittel- und langfristige Bedarfsermittlung einfließen werden - die ersten Diskussionen sind für den September geplant. Vor diesem Hintergrund haben wir der Verwaltungsvorlage zugestimmt.

Bebauungspläne "An den Graden", "Zum Kornfeld" in Kerspleben, "Borntalbogen Teil 2 und 3"

Diesen Bebauungsplänen haben wir zugestimmt, nachdem unseren Änderungsanträgen mehrheitlich zugestimmt wurde. Unsere Änderungsanträge haben nun zur Folge, dass bei der Bepflanzung der Grundstücke auch einheimische Obstbäume zum Zuge kommen. Hintergrund ist der Schutz der Biodiversität und die Stärkung der Resilienz (Robustheit) der städtischen Strukturen. Das ist ein Anfang, künftig werden wir prinzipiell darauf achten müssen und planen einen interfraktionellen Antrag im September. Mit Hilfe dieses Antrags soll die Baumschutzsatzung derart geändert werden, dass auch Obstbäume in ihren Schutzbereich fallen. Dies ist aktuell noch nicht der Fall, warum die Verwaltung Obstbäume bisher in Bebauungsplänen nicht bedacht hatte.

Gegenstand unserer Kritik war die Tatsache, dass beim Bau "An den Graden" nun doch die 2 Bäume an der Ecke zur Domstraße gefällt werden sollen, obwohl wir letztes Jahr darauf bestanden haben, diese in die Planung zu integrieren. Dieses Beispiel zeigt uns zum wiederholten Ma-

le, dass weiche Formulierungen nicht viel wert sind. Künftig werden wir versuchen, nach Möglichkeit "Muss-Bestimmungen" in die Planungen einzubringen.

Unser Antrag "Erfurt setzt auf Mehrweg bei öffentlichen Veranstaltungen"

Mit diesem Antrag wollen wir eine Diskussion anstoßen, wie die Stadt ihre zunehmenden Feste und Veranstaltungen derart gestalten kann, dass künftig weniger Müll dabei anfällt. Der exakte Wortlaut des Antrags ist unten abgebildet.¹

Wir haben die Vorschläge der Verwaltung aus ihrer Stellungnahme aufgenommen (Veranstaltungen im Verantwortungsbereich der Stadt; kompostierbares Geschirr und Besteck, wenn Mehrweg nicht realisierbar;). Erwartungsgemäß wurde unser Antrag in mehrere Ausschüsse verwiesen, wo die Diskussion tiefer geführt werden kann.

Unverständlich war uns jedoch die Debatte und Debattenkultur - vor allem die der CDU-Fraktion. Offensichtlich ohne den Antragstext gelesen zu haben (siehe unten den 2. Beschlusspunkt), schwang Herr Panse reflexartig die "Verbotspartei-Keule" nach dem Motto, die Grünen wollten mal wieder "von oben herab" der Bevölkerung "Unzumutbares" aufdiktieren. Sehr seltsam, denn wir fordern eben das Gegenteil, einen kooperativen und kommunikativen Prozess mit den Betroffenen... Da wir uns jedoch nicht anmaßen wollten, diese Partner namentlich zu benennen, wurde die Formulierung bewusst so offen gehalten.

Für die SPD-Fraktion war es wichtiger, den Finger auf die anderen Müllerzeuger (Fast-food-Ketten u.a.) zu richten, statt die Vorbildwirkung der Stadt zu erkennen. Nun ja, damit kann man sich klassisch aus der Verantwortung stehlen. Da können wir uns schon glücklich schätzen, dass der Antrag in den Ausschüssen gelandet und nicht abgelehnt wurde.

¹ Der Wortlaut des Antrags:

1. Die Stadt Erfurt steigt bis zum 01.01.2017 auf ein Mehrweg- und Pfandsystem für Trinkbecher und Flaschen, Geschirr- und Besteckausgaben bei allen Veranstaltungen im öffentlichen Raum um. Dieser Umstieg gilt für das gesamte Stadtgebiet.
2. Der Umstieg wird aktiv mit den üblichen Veranstaltern gestaltet und umgesetzt. Dabei sollen auch die lokalen und regionalen Anbieter und Partner eingebunden werden.
3. Der Umstieg ist schon in der Planungsphase mit kreativen Mitteln öffentlichkeitswirksam zu bewerben.
4. Nach erfolgreicher Umsetzung werden die Maßnahmen einmal jährlich evaluiert und Vorschläge für weitere Maßnahmen erarbeitet. Diese müssen mindestens die Abfallvermeidung, regionale Versorgung, nachhaltige Mobilität und den effizienten Ressourcen- und Energieeinsatz zum Gegenstand haben. Ziel sollte ein Konzept des "nachhaltigen Feierns" sein, welches vom Stadtrat beschlossen wird und spätestens bis zur BUGA 21 in Erfurt Anwendung findet.

Dass die Idee hinter dem Antrag so neu nicht ist, beweisen Veranstaltungen wie der "Deutsche Evangelische Kirchentag", das "Tanz- und Folkfest Rudolstadt" oder auch der "Leitfaden zum nachhaltig Feiern in Salzburg".

Winterdienst 2015-2017

Dass der Winterdienst der Stadt im Hochsommer beschlossen wurde, ist vielleicht eine glückliche Fügung, wird doch regelmäßig nach mehr Winterdienst und mehr Streusalz gerufen, sobald der erste Schnee fällt.

Als Grüne Fraktion wollten wir dem etwas entgegen setzen und versuchten schon in den Ausschüssen davor mehr Ökologisierung des Winterdienstes einzufordern - erwartungsgemäß ohne Mehrheit. Nun haben wir einen Prüfungsauftrag formuliert, welcher die RRG-Mehrheit bekam.

Wir fordern damit die Stadtverwaltung zu folgender Prüfung auf:

"Die Stadtverwaltung recherchiert nach innovativen Winterdienstkonzepten mit Ziel der deutlichen Reduzierung des Streusalzeinsatzes, prüft die Machbarkeit für Erfurt und nimmt eine ökologische Einschätzung vor. Mit einer Abwägung der Vor- und Nachteile gegenüber aktuellem Verfahren stellt sie dies dem Stadtrat bis Ende Oktober 2015 vor."

Auf das Ergebnis der Prüfung darf man gespannt sein...

Anfrage zur Art und Umfang von tierschutzrechtlichen Kontrollen in landwirtschaftlichen Betrieben in Erfurt

Vor dem Hintergrund der geplanten Geflügelmastanlage in Schweborn und den aktuellen Missständen in anderen Tierfabriken haben wir im letzten Stadtrat eine Anfrage bzgl. der Art und des Umfangs von tierschutzrechtlichen Kontrollen in Erfurter Betrieben gestellt. Betrachtet man die immer wieder festgestellten, schlechten Zustände in diesen Anlagen, so liegt der Verdacht nahe, dass es entweder zu wenig unangemeldete Kontrollen, oder zu wenig zuständiges Personal, oder eben die Kombination daraus gibt. Die Antwort der Stadtverwaltung war stellenweise noch etwas unkonkret, so dass wir diese Anfrage in die zuständigen Ausschüsse haben verweisen lassen. Dort haben wir nach der Sommerpause die Möglichkeit, weitere und gezielte Nachfragen zu stellen. Bestätigt fühlen wir uns aktuell durch die Berichterstattung der TA vom 17.7.2015, wonach 2014 die Anzahl und die Qualität der Verstöße in Thüringer Mastbetrieben zugenommen haben.

Sonstiges - Stadtrat:

Die nächste Stadtratssitzung findet am 16. 09. 2015 statt.

Bis dahin wünschen wir Euch und Ihnen allen einen schönen Sommer, erholsame und spannende Ferien bzw. Urlaubstage.

Mit besten Grüßen,

Prof. Dr. Alexander Thumfart – Fraktionsvorsitzender